



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung II Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 9. September 2020

Vorlagen-Nr. 20-V-06-0010

Freigabe Haushaltsmittel für Digitalisierung und Modernisierung im Dezernat VI

Beschluss Nr. 0228

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- die (Arbeits-)Welt immer digitaler wird und sich im Wandel befindet. Insbesondere die Corona-Pandemie hat uns erneut als Verwaltung aufgezeigt, welche Herausforderungen wir zu bewältigen haben; jedoch auch gleichzeitig motiviert, neue Wege zu gehen,
- das Dezernat VI bereits im Jahr 2019 das Projekt „Arbeit neu denken“ initiiert hat, um die anstehenden Herausforderungen im Sinne der Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen,
- das Projekt die Komplexität und die Kohärenz zwischen der Digitalisierung und Automatisierung der Verwaltungsprozesse, der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und der Modernisierung der Zugänge zu Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und abbildet,
- bereits im Jahr 2019 eine dreimonatige Laborphase zur Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen erfolgreich und eine Mitarbeitendenbeteiligung in Form einer Zukunftswerkstatt durchgeführt wurde,
- zahlreiche Maßnahmen geplant und in Vorbereitung sind, für die im Zuge der HHplanaufstellung 2020/2021 im Jahr 2020 Mittel in Höhe von 1.250.000 € und für das Jahr 2021 Mittel in Höhe von 2.500.000 € im Budget Dezernat VI/51 bereitgestellt wurden,
- laut Kämmererverfügung vom 18.03.2020 neue Maßnahmen bis auf weiteres nicht begonnen werden dürfen und die Freigabe der Mittel für neue Maßnahmen als Sitzungsvorlage einzubringen ist.

2. Es wird beschlossen, dass

- Dezernat VI beauftragt wird in Verbindung mit Dezernat III/20 die Mittel zur Umsetzung des Projektes „Arbeit neu denken“ in Höhe von 1.250.000 € für 2020 in die Beratungen über den Kassensturz einzubringen. Die Gesamtübersicht gemäß Kämmererverfügung vom 18.03.2020 ist um diese Position zu ergänzen,
- über den Bedarf in Höhe von 2.500.000 € für das Jahr 2021 im Zuge des erneuten Aufstellungsverfahrens beraten wird.

(antragsgemäß Magistrat 18.08.2020 BP 0539)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2020

Belz
Vorsitzender